



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Josef Seidl, Dr. Ralph Müller, Uli Henkel, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Gegen staatlichen Dirigismus im Wohnungsbau und Mietwohnungsmarkt – für ein freies Spiel von Angebot und Nachfrage

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, weitere Einschränkungen des privaten, kommunalen und genossenschaftlichen Mietwohnungsbaus zu verhindern. Insbesondere der Tendenz zusätzlicher Restriktionen im Bereich des Baus von Einfamilienhäusern soll entgegengewirkt werden.

Begründung:

Es gibt zurzeit eine Tendenz, mittels der Einführung z. B. von Mietpreisbremsen oder zuletzt von Mietdeckeln in Berlin, staatlicherseits immer stärker regulatorische Eingriffe in den Wohnungs- und Wohnbaumarkt vorzunehmen. Damit soll angeblichen Fehlentwicklungen im Mietwohnungsmarkt infolge eines grassierenden Mietwuchers von heuschreckenartigen Spekulanten entgegengewirkt werden. Insbesondere sind neuerdings Bestrebungen auszumachen, die vehement versuchen den Bau von Einfamilienhäusern zu erschweren. In diesem Fall soll unter dem Vorwand eines geringeren Baustoffbedarfs und der Ressourcenschonung eine „Bauwende“ hin zu Mehrfamilienhäusern eingeleitet werden.

Die zugrundeliegende Analyse ist jedoch nicht nur falsch, sondern verfolgt auch einzig den Zweck von den eigentlichen Ursachen vorhandener Übertreibungen auf dem Mietmarkt, verursacht durch die immer stärker als notwendig und alternativlos erachteten Eurorettungs- sowie Null- und Minuszinspolitiken abzulenken und in die individuelle Lebensgestaltung einzugreifen.

Auf diese Weise soll dem Bürger der Blick auf die Einsicht verstellt werden, dass staatlicher Dirigismus immer in Fehlallokationen mündet und so in allen Märkten unerwünschte Folgen entfaltet. Diese unerwünschten Nebenwirkungen durch die immer gleiche Gabe derselben falschen Medizin kurieren zu wollen, ist weder vernünftig noch zielführend.

Von staatlicher Seite her bestimmen zu wollen, ob und in welchem Umfang Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, Wohnungskomplexe oder Vergleichbares an bestimmten Orten benötigt werden, ist ein unmögliches Unterfangen. Daher ist es rundherum abzulehnen, dass es sich der Staat zur Aufgabe macht, Entscheidungen zu treffen, die nur die Marktteilnehmer im freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage untereinander auszuhandeln in der Lage sind. Darüber hinaus sind zunehmende staatliche Eingriffe in die Lebensplanung und individuelle Freiheit der Bürger abzuwehren.